



GdP aktiv



Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Kreisgruppe Mannheim

**Ausgabe
16.11.2009**

Unsere Themen:

GdP-Bundespolizei erreicht Änderung der Erschwerniszulage des Bundes:
GdP fordert inhaltsgleiche Übernahme auch für die Landesbeamten in Baden-Württemberg
(Seite 2)

Reaktionen von der Basis:
Darstellung eines ganz „normalen“ Schichtbetriebes bei der Polizei Baden-Württemberg
(Seite 3)

GdP-Chef Konrad Freiberg im Gespräch mit der Nachrichtenagentur "ddp":
Freiberg: Nach Fußballrandale auch Vereine und Spieler gefragt
*

GdP fordert eigenen Paragraphen gegen Angriffe auf Polizeibeamte
(Seite 4)

Koma-Saufen:
Falsche Freunde
(Seite 5)

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei Mannheim, Vorstand, B 6, 4-5 / 68159 Mannheim, Telefon 0621/174-4226
Fax: -3999
Email: info@gdpmannheim.de
Internet: www.gdpmannheim.de
Redaktion: Thomas Mohr



GdP-Geschäftsführer **Ralf Knospe** (links) stellt den Kooperationspartnern die Landesgeschäftsstelle vor. V.r. **Udo Roestel** (Direktor für Unternehmensverbindungen Signal Iduna), **Veit Seeliger** (Organisationsdirektor Signal Iduna), GdP-Landesvorsitzender **Rüdiger Seidenspinner** und **Manfred Eichert** (Direktionsbesvollmächtigter Signal Iduna).

Foto: Thomas Mohr

GdP empfängt Kooperationspartner auf der Landesgeschäftsstelle

Eberdingen: Die PVAG ging aus einer gewerkschaftlichen und traditionsreichen Selbsthilfeeinrichtung hervor: dem Polizeiversicherungsverein (PVV), Hilden.

Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) - die PVAG gehört übrigens zu 49% der GdP - sind daher auch heute in den Versicherungsbeiräten und im Aufsichtsrat der PVAG entscheidend eingebunden. Zusätzlich profitiert die als Selbsthilfeeinrichtung anerkannte PVAG von der jahrzehntelangen Markterfahrung der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Die PVAG ist am Markt präsent und bietet als Spezialversicherer für die Polizei leistungsstarken Versicherungsschutz zu kleinen Beiträgen.

Die Erfahrung und die konsequente Orientierung an den Belangen der Polizeibeschäftigten fließen in die speziell entwickelten Sicherheits- und Versorgungskonzepte ein. Dies ist die Basis für das Vertrauen bei den Polizeibeschäftigten. Ein-

drucksvoll bestätigt wird das Vertrauen in die PVAG durch die Anzahl der versicherten Verträge; innerhalb von gut zehn Jahren konnte diese Anzahl um 674.000 Stück erhöht werden.

Nun trafen sich die Kooperationspartner der Gewerkschaft der Polizei und PVAG (Ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe) zu einem Arbeitsgespräch.

Der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner und GdP-Geschäftsstellenleiter Ralf Knospe empfingen die Gäste in Eberdingen.

Udo Roestel, Veit Seeliger und Manfred Eichert nahmen das Arbeitstreffen auch zum Anlass und ließen sich die Landesgeschäftsstelle zeigen.

Ralf Knospe führte durch die Abteilungen und erläuterte die einzelnen Geschäftsabläufe der technisch gut ausgestatteten Landesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg. TM



GdP-Bundespolizei erreicht Änderung der Erschwerniszulage des Bundes

GdP fordert inhaltsgleiche Übernahme auch für die Landesbeamten in Baden-Württemberg

GRATULATION...

...den Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei!

Durch eine Änderung der Erschwerniszulagenverordnung des Bundes haben sie erreicht, dass die Schichtzulage ab 1. Oktober 2009 nicht mehr, wie bisher halbiert, sondern zu 75 Prozent ausbezahlt wird. Damit diese Regelung auch für die Landesbeamten in Baden-Württemberg greift, hat die GdP den Innenminister unseres Landes unverzüglich aufgefordert, sich für eine inhaltsgleiche Übernahme dieser Regelung auch für die Landesbeamten einzusetzen! Wir informieren Euch über das Ergebnis.

Fachliche Erläuterung:

Nach Art.125a Satz 1 GG gilt im Rahmen der Föderalismusreform I die Siebte Verordnung der Erschwerniszulagenverordnung für Baden-Württemberg fort, bis BW eine landesrechtliche Erschwerniszulagenverordnung erlässt.

Daraus folgt, dass § 20 Abs.4 EZulV i.d.F. vom 21.1.2003 anzuwenden ist, wonach bei Gewährung einer Stellenzulage nach Nr.9 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B (Polizeizulage) die WSD-Zulage nur hälftig gewährt werden darf.

Beim Bund gilt inzwischen die 9. Änderungsverordnung vom 16.9.2009, wonach bei Gewährung



der Polizeizulage die WSD-Zulagen um 25% gekürzt werden.

Nach Art.125a Satz 2 GG kann das Bundesrecht durch BW-Landesrecht ersetzt werden.

Versicherungsschutz für GdP-Mitglieder:

GdP und Polizeiversicherung AG (PVAG) verbessern die Leistungen bei der Unfallversicherung

Die PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet allen Polizeibeschäftigten umfassende und kompetente Information und Beratung hinsichtlich der beamtenrechtlichen oder sozialversicherungsrechtlichen Versorgungs- und Absicherungssituationen. In Zusammenarbeit mit unserem Kooperationspartner – der Polizeiversicherung-AG (PVAG) – wurde der bestehende Unfallversicherungsschutz per 01.01.2010 deutlich verbessert.

Versichert sind neben erhöhten Versicherungssummen im Todes- und Invaliditätsfall nunmehr auch Bergungskosten, kosmetische Operationen sowie Kur- und Rehakosten.

Ferner wurde die Grundinvaliditätssumme mit einer Progression von 250 % versehen, so dass die Höchstinvaliditätsleistung künftig 2,5-fach (also 10.000 Euro!) erhöht ist. Dieser Versicherungsschutz gilt nicht nur während des Dienstes

sondern auch in der Freizeit und zwar Weltweit!

Bei Fragen zu diesem Thema steht die Kollegin Lühr bei der OSG (Tel.: 0211/7104-202) gerne zur Verfügung.

Die neuen Summen betragen:

3.000 € für den Todesfall
4.000 € für den Invaliditätsfall mit Progression 250 %

9.000 € bei gewaltsamen Tod im Dienst durch eine vorsätzliche Straftat eines Dritten

5.000 € Bergungskosten
5.000 € kosmetische Operationen

500 € Kurkosten/ Rehakosten



PVAG



Eine starke Partnerschaft





Reaktionen von der Basis:

Darstellung eines ganz „normalen“ Schichtbetriebes bei der Polizei Baden-Württemberg

Die nachfolgenden Darstellungen hat uns eine Kollege übersandt, die deutlich machen, wie schlimm es in der Polizei zur Zeit tatsächlich ist.

Mit Interesse verfolge ich stetig Eure Veröffentlichungen und Debatten bezüglich der Personalmisere – ins besonders bei den Streifendiensten - verbunden mit der hierdurch entstandenen neuen Sicherheitslage für unsere Bevölkerung.

Ich kann es mir nun nicht verkneifen, Euch anhand eines aktuellen Beispiels die (alters-)dramatische, geradezu groteske Situation in unserer Dienstschicht aufzuzeigen.

Auf meiner Dienstschicht "X" beim PR Y-Stadt sind wir mit heutigem Stand gerade einmal vier Wachtmeister als "Stamm-personal". Der Jüngste auf unserer Schicht - haltet Euch fest, Kollegen - ist im zarten jugendlichen Alter von 47 Jahren angelangt.

Der nächstältere Kollege bringt

es auf 49 Jahre, dann folgen ein weiterer Kollege und ich mit 50 Jahren auf dem Buckel. Das ist der Kern der Dienstgruppe.

Nun haben wir Verstärkung vom Tagesdienst im Hause erhalten, einen Kollegen mit mittlerweile 52 Jahren, der uns einige Monate auf Streife begleiten darf. Vervollständigt wird die aktuelle Schicht durch eine 30-jährige Kollegin von der Bepo (Revierdienstverstärkung), welche sich bei uns vorkommen dürfte, wie die Betreuerin in einer Sozialstation.

Wenn die ganze Sache nicht so traurig wäre, könnte man laut darüber lachen !!! Rentnersheriffs on Tour.

Ab Januar erhalten wir dann einen neuen DGF, welcher ebenfalls in unserem Alter ist.

Ich glaube, hiermit einen besonderen drastischen Fall weitergeben zu haben. Und Besserung ist überhaupt nicht in Sicht.

Ich bin mit Sicherheit das Gegenteil von ängstlich. Es kann einem aber schon mulmig werden,

wenn man z.B. Samstagnacht mit dem "Oldie-Club" zu einer Massenschlägerei mit russischen Mitbürgern fahren darf und sehen kann, wie man zurecht kommt. Wo bleibt hier die Verantwortlichkeit und Fürsorgepflicht ??? Jeder von uns älteren Kollegen, die bereits seit weit über 30 Jahren die Knochen im Streifendienst hingehalten haben, leiden an irgendeinem Gebrechen. Also wir können sagen, dass man sich absolut im Stich gelassen fühlt.

Die Quittungen hierfür werden eines Tages ausgestellt werden. Leidtragende sind die an der Front und nicht zuletzt der Normalbürger, für den wir Verantwortung tragen (sollten).

Und dann müssen die Kollegen noch lesen, dass laut Innenminister Rech und nach dessen RECHenkünsten alles in Ordnung ist.

Vielen Dank

Arbeitszeit – der Fortgang

Dieses hochsensible Thema befindet sich derzeit an erster Stelle der GdP-Agenda. Klar ist für die GdP, dass Arbeitszeitveränderungen, egal welcher Art, keine Personalvermehrungsmaschinen sind.

Klar ist für die GdP auch, dass man eine Zitrone nur einmal auspressen kann und dass man sich geltende rechtliche Bestimmungen nicht nach Lust, Laune und Gefühlzustand aussuchen kann.

Klar ist aber auch, dass geltende Bestimmungen definiert werden. Genau dabei sind wir gerade und dies ist gut so.

Wir haben mit unserer Sonder-Digital die Ängste, den Unmut und die Befürchtungen transportiert, damit überall klar wird, welcher Sprengstoff in Arbeitszeitangelegenheiten eigentlich steckt. Das ist die Aufgabe einer demokratischen

Gewerkschaft. Zur Zeit befinden sich alle Entscheidungsgremien in einer intensiven, guten, sinnvollen und notwendigen Diskussion.

Dass die Bestimmungen der EG-Richtlinien nicht von heute auf morgen über uns kamen, dürfte jedem klar sein. Die Arbeitsschutzrichtlinien gehen bis in eine Zeit zurück als wir noch von EWG-Verordnungen geredet haben. Nun ist die RL 2003/88/EG unmittelbares Recht für uns geworden, welches definiert und sinnvoll gestaltet werden muss.

Deshalb hat der Bundesvorstand der GdP im Jahre 2008 eine Gutachten zur Geltung der RL 2003/88/EG bei Dr. Ulrich Zachert, Professor für Arbeitsrecht der Uni Hamburg in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten haben wir als GdP natürlich auch dem Hauptpersonalrat der Polizei Baden-Württemberg, sowie

der landesweiten Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt.

Gerade bei einem solch komplizierten Themenkomplex ist jede Meinung, Auffassung und Stellungnahme von Fachleuten für eine Gesamtdiskussion nicht nur hilfreich, sondern erforderlich.

Von einem einzelnen Gutachten, aber nun die Haltung der GdP abzulesen, ist völlig abwegig.

Die GdP diskutiert nun sehr intensiv das weitere Vorgehen, denn gerade die Rückmeldungen haben gezeigt, dass neben vielen Ängsten und Befürchtungen ein übergroßes Kommunikationsdefizit vorhanden ist.

Das Gutachten, Einschätzungen und weiteres Material zu diesem Thema ist im Mitgliederbereich unter der Rubrik "Europäische Arbeitsschutzrichtlinien" eingestellt.

GdP-Chef Konrad Freiberg im Gespräch mit der Nachrichtenagentur "ddp":

Quelle: www.GdP.de

Freiberg: Nach Fußballrandale auch Vereine und Spieler gefragt

 **Thema:**
Fußball und Gewalt



Berlin. In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ddp beklagt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, eine „dramatische Zunahme der Gewaltexzesse“ am Rande von Fußballspielen. Vor einem Treffen mit der Spitze des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) am Montag in Frankfurt am Main sagte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg am Freitag im ddp-Interview, die Randale meist angetrunkenen Fußballanhänger gehöre mittlerweile an jedem Spieltag zum Alltag.

„Eine neue Qualität ist jedoch erkennbar, wenn Vermummte mit Eisenstangen auf einen Regionalzug im niedersächsischen Weddel losgehen oder Angriffe gegen Polizisten gezielt vorbereiten, indem sie beispielsweise Steine in Mülltonnen verstecken

Freiberg. „Wenn grölende und besoffene Hooligans von Vereinen der ersten bis vierten Liga ständig auffallen, muss auch auf die entsprechenden Vereinsführungen eingewirkt werden“, forderte Freiberg. Es stoße vielerorts auf Unverständnis, wenn bei Begegnungen von kaum regional bekannten Vereinen schon 500 bis 1000 Beamte im Einsatz sein müssten – „manchmal sind mehr Polizisten als Zuschauer im Stadion“. Auch die zum Teil hohen Verletztenzahlen bei Auseinandersetzungen seien nicht mehr hinnehmbar. Allein in der Saison 2007/2008 wurden mehr als 900 Personen verletzt, darunter mehr als 100 Polizisten. „Und der Trend ist nicht rückläufig“, fügte der Gewerkschafter hinzu. Neue verlässliche Erkenntnisse soll eine derzeit laufende Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen bringen. Auch gegen die

Auswüchse in Nah- und Fernverkehrszügen müsse massiv eingeschritten werden, sagte Freiberg. Die Verwüstungen kosteten nicht nur viel Geld, sondern es würden stets auch viele andere Reisenden belästigt. Der GdP-Chef erläuterte seine Forderung nach einem Alkoholverbot: „Dabei geht es nicht um ein generelles Nein, aber wenn Fans schon mit Bierkästen einsteigen, dann sollten ihnen diese Fahrten - rechtlich abgesichert - unterbunden werden können.“

Nach den Erfahrungen vergangener Jahre will die Polizei künftig ihren Sachverstand im Vorfeld von Problemspielen mehr einbringen. „Es ist wichtig, dass wir schon bei der Planung von Ansetzungen überall hinzugezogen werden“, sagte der GdP-Chef. Wenn die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne, müssten wie bereits wiederholt geschehen, Spiele verschoben werden. „Dies wird künftig wahrscheinlich zunehmen.“ Die bereits in die Diskussion gebrachten Begegnungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit sollten aber das „wirklich allerletzte Mittel“ sein, sagte Freiberg. Es gehe nicht darum, die vielen friedlichen Fußballanhänger für das Handeln einer Gruppe von Chaoten zu bestrafen. „Wir verlangen jedoch auch von den Vereinsführungen und Spielern auf dem Platz ein verantwortungsvolles Auftreten.“

Am Montag trifft sich DFB-Präsident Theo Zwanziger mit GdP-Chef Freiberg in der DFB-Zentrale in Frankfurt am Main. Bei dem bereits länger geplanten Gespräch soll es unter anderem um die Sicherheit bei Fußballspielen gehen.



GdP fordert eigenen Paragraphen gegen Angriffe auf Polizeibeamte

Berlin. Einen eigenen Paragraphen, der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte unter eine Strafandrohung zwischen drei Monaten bis zu fünf Jahren stellt, fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP).

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg:

„Jeden Tag werden in Deutschland Polizeibeamte tätlich angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Immer häufiger werden solche Übergriffe völlig unvermittelt verübt.“ Das Strafgesetzbuch, so die Gewerkschaft der Polizei, sei dringend ergänzungsbedürftig. Freiberg: „Wir fordern die **Einführung eines Paragraphen 115 StGB**, der einen solchen Angriff aus dem Nichts auch dann bestraft, wenn der Beamte oder die Beamtin nicht verletzt wird. Damit bekommen wir insbesondere hinterhältige

Attacken besser in den Griff.“ Die bisherige Regelung setzte voraus, dass sich der Beamte bei dem Angriff in jedem Fall in einer Vollstreckungssituation“ befindet, zum Beispiel bei einer Festnahme oder einer Räumung. Unvermittelte Attacken auf nichtsehende Streifenbeamte im täglichen Dienst wurden von der Strafbarkeit bisher nicht erfasst. Der tätliche Angriff auf Polizeivollzugsbeamte soll künftig deutlich härter bestraft werden, als die bisherige Widerstandshandlung. Freiberg: „Wir setzen auch



auf die abschreckende Wirkung einer solchen Strafandrohung, denn in erster Linie kommt es uns darauf an, dass unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem täglichen Dienst gesund und unversehrt nach Hause kommen.“

Falsche Freunde

Quelle: T-Online von Simone Blaß

Es ist eine Tatsache, mit der man sich abfinden muss: Ab einem bestimmten Alter sind nicht mehr die Eltern der Mittelpunkt des kindlichen Lebens, sondern die Freunde. Und da kann man schnell an die "Falschen" geraten. Für Eltern eine schwierige Situation, die viel Fingerspitzengefühl und Verständnis erfordert.

Vorurteile von Elternseite spielen eine große Rolle

Die Möglichkeit an falsche Freunde zu geraten, zieht sich durch das ganze Leben. Bereits kleine Kinder sind davon betroffen. Freundschaften im Kindergartenalter sind aber meist nicht von Dauer, nach ein paar Tagen können sich hier die Prioritäten schon wieder verschoben haben. Und spätestens mit dem Schuleintritt verlieren sich viele Kindergartenfreundschaften sowieso.

Bewundert ein Kleinkind also einmal ein anderes, das einem persönlich nicht so zusagt, so kann man das in diesem Alter normalerweise beruhigt aussitzen, denn die Sache wird sich voraussichtlich schnell von alleine regeln. Und währenddessen könnte man sich ein paar Gedanken dazu machen, warum die eigene Tochter, der eigene Sohn sich gerade dieses Kind als Freund ausgesucht hat.

Bisweilen wird man dadurch nämlich auch dazu gezwungen, mit den eigenen Vorurteilen ins Gericht zu gehen. Ein Kind sieht ein anderes Kind mit ganz anderen Augen als wir Erwachsene und davon kann man durchaus profitieren.

Für Grundschul Kinder sind soziale Kontakte sehr wichtig

Die Diplompsychologin Elfriede Schweinzer geht davon aus, dass Kinder außerdem selbst lernen müssen, was gut für sie ist und was nicht. "Die Bedürfnisse der Kinder und der Eltern unterscheiden sich und dies schon seit Generationen.

Die Werthaltungen sind unterschiedlich genau wie auch die Kriterien, nach denen man sich Freunde aussucht. Wir müssen und wollen auch aus eigenen Erfahrungen lernen und man lernt eben auch aus schlechten Erfahrungen, was gut für einen ist." Die Leiterin der Erziehungsberatungsstelle Roth/Schwabach ist sich sicher, dass keiner davor gefeit ist, an falsche Freunde zu geraten.

"Wir leben in einer wirklichen Welt und da gibt es sicherlich Menschen, die absolut nicht gut für uns sind, die uns ausnutzen wollen, die uns für ihre Zwecke benutzen, denen unsere Bedürfnisse, unser Wohl nicht am Herzen liegen."

Ist ein Kleinkind noch sehr auf sich und seine eigenen Bedürfnisse bezogen, so setzen Grundschul Kinder bereits andere Prioritäten. Soziale Kontakte und enge Freundschaften bekommen eine ganz neue Dimension und entscheiden unter anderem durchaus auch über die Beliebtheit im Klassenverbund.

Gemeinsame Geheimnisse, Bandenbildung und das Dazugehören zum "Wir" stehen jetzt im Vordergrund, da kann das Kind schnell mal an jemanden geraten, der es nicht gut mit ihm meint und es zum Beispiel ausspielt.

Doch auch das gehört zum Reifungsprozess dazu.

Wie sollten Eltern reagieren?

Grundsätzlich sollte man die Freunde seiner Kinder nicht bewerten und auch ein bisschen Vertrauen darauf haben, dass das eigene Kind einen guten Grund für genau diese Freundschaft hat. Bemerkte man aber, dass es dem Kind dabei nicht mehr gut geht, so darf man auch eingreifen.

"Auf alle Fälle sollte man sein Kind darauf aufmerksam machen, wenn man davon ausgeht, dass von diesem Freund eine Gefährdung ausgeht.

Als Elternteil ist man schließlich der Garant für die Realität, für Erfahrungspotenzial und sollte dies seinem Kind auch zugänglich machen. Die Frage ist nur immer die nach dem "Wie". Verbote bringen gar nichts, sie schaffen höchstens einen noch größeren Anreiz. Und je älter die Kinder werden, desto mehr drängen Verbote in die Opposition.

"Besser ist es, zuzuhören, zu hinterfragen, neue Freunde auch mal zu sich nach Hause einzuladen und zu versuchen, sie neutral kennenzulernen", so Elfriede Schweinzer.

Neutral bleiben

Auch in Streitsituationen sollte man sich nicht einmischen, vor allem nicht wertend. Selbst dann, wenn man eigentlich der Meinung ist, dem Kind könne nichts Besseres passieren, als diesen "Freund" los zu sein.

Der bekannte Erziehungsberater und Autor Jan-Uwe Rogge hat das einmal in einem Interview mit "Focus Schule" wie folgt zusammengefasst: "Frustrationen gehören zu Freundschaften nun mal dazu. Kinder müssen lernen, damit umzugehen. Und da ist es wenig sinnvoll, wenn die Mutter die Rächerin der entehrten Tochter oder des gekränkten Sohnes spielt.

Man sollte das Kind trösten und seine Trauer nicht kleinreden. Man sollte nicht sagen: Jetzt musst du da nicht mehr hingehen. Wenn es sich allerdings über längere Zeit zieht und Mobbing-Tendenzen erkennbar werden, muss man mit dem Kind darüber reden, wie es sich wehren kann. Eingreifen heißt nicht, das Problem für das Kind zu lösen, sondern gemeinsam mit ihm nach passenden Lösungswegen zu suchen.

Zeige mir, mit wem du gehst und ich zeige dir, wer du bist

Äußerlichkeiten und Gerüchte sollten außen vor bleiben. Auch die eigenen Begriffe von Freundschaft auf Kinder- und Jugendfreundschaften zu übertragen wäre der falsche Ansatz. Damit die Wahl des Freundeskreises nicht zum Druckmittel den Eltern gegenüber wird, ist es besser, sich vor allem bei Teena-



Wie sollten Eltern reagieren, wenn ihre Kinder sich mit dubiosen Freunden abgeben? (Bild: Imago)

gern zurückzuhalten. Denn wenn man Verbote anbringt, dann muss man damit rechnen, dass die Treffen entweder heimlich stattfinden oder aus Trotz ein "Kampfschauplatz" entsteht.

Jan-Uwe Rogge ist sogar überzeugt davon, dass falsche Freunde hin und wieder für die Entwicklung notwendig sind. "Durch sie wird die Richtigkeit der elterlichen Normen und Werte bewiesen. Man darf als Vater oder Mutter durchaus klarmachen, dass man bestimmte Usancen (Bräuche, Gewohnheiten) im Freundeskreis, etwa das Rauchen oder Trinken, ablehnt.

Aber wenn man die Freundschaft deswegen verbiete, würde man den Kontakt zum Kind verlieren."

Wenn es kritisch wird

Hausarrest, angedrohte Sanktionen - Druck jeglicher Art ist sinnlos. "Da der Jugendliche eine eigene Identität herausbilden will, wird er erst recht Kontakt zu diesem Freund, dieser Clique suchen", da ist sich die Psychologin sicher. "Hier hilft eher Gespräch, Aufklärung und bei starker Bedrohung der gemeinsame Besuch einer Erziehungsberatungsstelle, um beim Jugendlichen selber die Einsicht zu erzeugen, was wirklich gut für ihn ist, um ihm zu helfen, sein Selbstbewusstsein zu stärken."

Denn falsche Freunde, die übrigens heutzutage auch verstärkt im Netz auftauchen, können Kinder und Jugendliche massiv überfordern. Es fehlt an der nötigen Lebenserfahrung, um sich zu schützen. "Für Jugendliche ist es dann gut zu wissen: Wenn ich mit einer Situation überfordert bin, kann ich zu meinen Eltern gehen und mit ihnen die Situation analysieren." Eine solche Vertrauensbasis ist der beste Schutz.

Die GdP hat diese Problematik bei der Tagung für Verbrechenbekämpfung 2010 zum Thema gemacht:

Koma-Saufen - Entwickelt sich unsere Jugend zu Alkoholikern?



NACHRUF

Polizeihauptkommissar Willi Wanger verstorben



Eine Ära ist beendet - plötzlich und unerwartet ist der langjährige Jugendsachbearbeiter des Polizeireviers Mannheim-Käfertal am Mittwoch, 28.10.2009 während eines Erholungsurlaubes im Schwarzwald im Alter von nur 55 Jahren verstorben.

Im Jahr 1971 bei der Landespolizei eingestellt, verrichtete er gleich im An-

schluss an seine Ausbildung seit 1974 seinen Dienst beim Polizeipräsidium Mannheim, zunächst im Streifen-dienst des Polizeireviers Mannheim-Käfertal.

Schnell wurden die Vorgesetzten auf seine überdurchschnittliche Identifikation mit dem Polizeiberuf und sein hohes Maß an Fach- und Sachkenntnis aufmerksam und ermöglichten ihm eine Fortbildung als Jugendsachbearbeiter, eine Tätigkeit, die er fortan seit 1981 ununterbrochen beim Polizeivier Käfertal wahrnahm.

Willi Wanger hatte es auf seine eigene, unnachahmliche Art immer verstanden, auf viele Generationen von Kindern und Jugendlichen mit dem gebotenen Fingerspitzengefühl einzugehen - sowohl als väterlicher Freund, wie auch als konsequenter Polizeiermittler, der eine Vielzahl von Straftaten aufklären konnte.

Dabei stand für ihn der unmittelbare Kontakt mit "seiner Zielgruppe" beispielsweise an Schulen, Kin-

dergärten und Heimen immer an erster Stelle. Somit erwarb er sich den besonderen Respekt von Kindern und Jugendlichen, weit über die hiesige Region hinaus, die ihn dennoch vertrauensvoll "Onkel Willi" nennen durften.

Aber auch bei Eltern, Betreuern, Verantwortlichen der Kommune und nicht zuletzt bei seinen Kollegen galt Willi Wanger als geschätzter, überaus kompetenter und immerzu hilfsbereiter Ansprechpartner und Freund.

Am Dienstag, 03.11.2009 haben Kollegen des Polizeipräsidiums Mannheim und Freunde aus der Region nun Willi Wanger die letzte Ehre erwiesen und sich bei einer Trauerfeier auf dem Friedhof in Hemsbach von ihm verabschiedet.

*Im Namen des Polizeireviers Mannheim-Käfertal
gez.
Jörg Lewitzki, 03.11.2009*

Quelle: Käfertaler Zeitung



**Die Gewerkschaft der Polizei wird
Polizeihauptkommissar Willi Wanger
ein ehrendes Gedenken bewahren.**

Unser ganzes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Mannheim

Thomas Mohr
Vorsitzender

